

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 5

Artikel: Zur Beschäftigungslage in Deutschland
Autor: Müller, Karl H.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ROTE REVUE

28. Jahrgang

Mai 1949

Heft 5

K A R L H. M Ü L L E R

Zur Beschäftigungslage in Deutschland

Berlin, im April 1949.

Zum ersten Male seit der Währungsreform im Sommer vorigen Jahres ist in Deutschland, und zwar sowohl im westlichen wie im östlichen Besetzungsgebiet, ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen, das über das saisonbedingte Ausmaß hinausgeht. Die deutsche Wirtschaft hat sich noch nicht so weit normalisiert, daß man die außerordentliche Abnahme der Erwerbstätigkeit einfach aus Konjunkturschwankungen ableiten könnte. Die eigentlichen Ursachen liegen viel tiefer und können nur im Gesamtzusammenhang der spezifischen sozialökonomischen Probleme des heutigen Deutschland begriffen werden.

Die Wirtschaftspolitik in den Westzonen verfolgte seit der Währungsreform einen ausgesprochen deflationistischen Kurs. Es ist der hier herrschenden Begriffsverwirrung zuzuschreiben, daß die wirtschaftlichen Vorgänge mit den Maßstäben der freien Wirtschaft gemessen werden, obgleich eine der Hauptvoraussetzungen hierfür, der freie Kapitalmarkt, gar nicht vorhanden ist. Es erscheint auch sehr fraglich, ob sich diese Voraussetzung in absehbarer Zeit und in vollem Umfange wird herstellen lassen. Zurzeit jedenfalls ist nahezu das gesamte Kreditwesen in der öffentlichen Hand zentralisiert. Die realen ökonomischen Notwendigkeiten erweisen sich eben als stärker als die Wunschträume einiger liberalistischer Ideologen. Und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich auf dem Wege über die öffentliche Kreditkontrolle, allen Gegen-tendenzen zum Trotz, schließlich eine allgemeine, straffe Lenkung der westdeutschen Wirtschaft durchsetzen wird.

Die glänzende Fassade, die man gegenwärtig um die westdeutsche Wirtschaft zu errichten versucht, der Zahlenrausch (zum Beispiel allein schon die irreführende, summarische Feststellung, daß 80 Prozent des Produktions-

niveaus von 1936 bereits erreicht seien) und der, an normalen Verhältnissen gemessen, meist billige Luxus, den sich einige wenige Begüterte leisten können, täuscht über die wahren Zustände hinweg. Nüchtern betrachtet ist Westdeutschland heute eher mit einem Rekonvaleszenten zu vergleichen, der, von einem jahrelangen Krankenlager aufgestanden, mühsam die ersten Schritte zu gehen versucht. Die leiseste Erschütterung kann ihn wieder in das alte Siechtum zurückwerfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Westdeutschland steht im Zeichen äußersten Kapitalmangels, überhöhter Selbstkosten, der teilweise sehr gespannten Finanzlage der Länder, einer noch nicht abgeschlossenen sozialen Umschichtung (insbesondere der Eingliederung der Millionen von Flüchtlingen in den Produktionsprozeß) sowie der ungeklärten innen- und außenpolitischen Lage. Der schwerwiegendste ökonomische Faktor ist der Kapitalmangel, der sich in kurzer Frist kaum anders als durch großzügige Auslandskredite oder durch neue kreditinflationistische Maßnahmen würde beheben lassen. Die Militärgouverneure haben kürzlich festgestellt, daß jährliche Investierungen von 6 bis 8 Milliarden Mark erforderlich seien, um Westdeutschland bis 1952 wirtschaftlich selbständig zu machen; der größte Teil dieser Summe werde allerdings aus deutschen Quellen kommen müssen, weil man zunächst nur in Deutschland befindliche ausländische Vermögenswerte dem deutschen Kapitalmarkt zuführen könne. Rechnet man aber die bisher von Privatunternehmungen und Behörden (zum Beispiel Wohnungsbau, Lastenausgleich usw.) geäußerten Finanzierungswünsche zusammen, so gelangt man zu schwindelnden Milliardenbeträgen (schätzungsweise 120 bis 150 Milliarden Mk.), die Deutschland auf Jahrzehnte hinaus aus eigener Kraft, aus Sparanlagen und echten Überschüssen, nicht wird aufbringen können. Augenblicklich ist man nicht einmal sicher, ob der allerdringlichste Kreditbedarf in Höhe von 400 Millionen Mark aus den Importerlösen bereitgestellt werden kann. Ohne gewaltige Investitionen ist es aber nicht möglich, die Selbstkosten zu senken, die Subventionen abzubauen und die Kaufkraft zu heben.

Mit über einer Million registrierten Erwerbslosen hat die Arbeitslosigkeit in der Bizonen den bisher höchsten Stand nach dem Kriege erreicht. Das Zwei-mächte-Kontrollamt rechnet allerdings damit, daß sie infolge der inzwischen etwas gelockerten Kreditpolitik in absehbarer Zeit bedeutend abnehmen werde. Das ist gut möglich, aber für eine auf längere Sicht gültige Beurteilung des Beschäftigungsproblems müssen alle dazugehörigen Faktoren gebührend berücksichtigt werden. Die westdeutsche Wirtschaft ist in einen *ökonomischen Be-reinigungsprozeß* eingetreten, in dessen weiterem Verlauf erst die Bedingungen für die künftigen realen Beschäftigungsmöglichkeiten allmählich zustande

kommen werden. Schon heute zeigt sich, daß neben der wegen der großen Übergangsschwierigkeiten besonders starken, fluktuierenden Arbeitslosigkeit auch eine recht erhebliche *strukturelle* sich abzuzeichnen beginnt, der latente Ursachen zugrundeliegen. Von der Stillegung und der Einschränkung sind vor allem kleinere (besonders nach dem Kriege von Flüchtlingen errichtete), aber auch zahlreiche mittlere Betriebe betroffen. Zweifellos sind das die ersten Folgen der Generalbereinigung, gleichzeitig aber auch der jetzt langsam anlaufenden Rationalisierung, bei der der Großbetrieb von Natur aus im Vorteil ist. Bei alledem ist es jedoch sehr fraglich, ob wirklich eine echte Auslese auf Grund der höheren Leistungsfähigkeit im Gange ist. Allzu viele Imponderabilien, wie gehortete Rohstoffe und Fachkräfte, unterschiedliche Belastung durch augenblickliche Nachteile (zum Beispiel besonders ungünstige Auswirkung der Währungsreform im besondern Fall) und nicht zuletzt die Beziehungen zu den maßgeblichen Behörden, sind hier im Spiel, als daß man eine ökonomische Kur klassischen Musters erwarten könnte. Feststeht, daß ein neuer Konzentrationsprozeß, wenn zunächst auch noch in primitiver Form, sich anbahnt, dem noch viele kleine und mittlere Unternehmungen zum Opfer fallen werden.

Ein sehr bedenkliches Symptom im Hinblick auf die Entwicklung der Kaufkraft ist der Umstand, daß nicht nur in der Luxus-, sondern auch in der einfachen Konsumgüterindustrie (Wäsche, Hausrat usw.) ein Rückgang der Beschäftigung festzustellen ist, obwohl in diesen Dingen noch auf lange Jahre hinaus echtes Bedürfnis bestehen wird. Es ist natürlich zu früh und es fehlen noch die notwendigen Unterlagen, um schon jetzt allgemein gültige Schlüsse zu ziehen. Es gilt jedoch in diesem Zusammenhang einen Faktor zu berücksichtigen, dessen Bedeutung meist nicht genügend gewürdigt wird: die *Umschichtung der deutschen Sozialstruktur*. Grob geschätzt läßt sich sagen, daß im Vergleich zu 1937 die Mittelschicht in Westdeutschland von einem Drittel der Gesamtbevölkerung auf etwa einen Fünftel zurückgegangen ist, und daß innerhalb der proletarischen Schichten der über wirtschaftlichen Rückhalt verfügende Anteil von fast zwei Dritteln auf etwa einen Fünftel gesunken ist. Mit andern Worten, *nahezu 60 Prozent der westdeutschen Bevölkerung ist heute pauperisiert*. Ein sozialer Erdrutsch solchen Ausmaßes und in einem so kurzen Zeitraum wirft wirtschaftliche und soziale Anpassungsprobleme auf, wie sie einem modernen Industrieland bisher nicht gestellt worden sind. Ein konkretes Beispiel, an dem die Komplexität der zu überwindenden Schwierigkeiten besonders deutlich zutage tritt, liefert der Wohnungsbau. Einem Bericht des Deutschen Städtetages zufolge ist rund ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung ohne Wohnung (nur behelfsmäßig untergebracht), was bedeutet, daß rund fünf Millionen neuer Wohnungen gebraucht werden. Gemessen an dem

Vorkriegsbauprogramm von jährlich durchschnittlich 200 000 Wohnungen würde es also 25 Jahre dauern, bis die letzten Höhlenbewohner ein Dach über dem Kopf haben würden. Eine schnelle Beseitigung der Wohnungsnot ist aber im Interesse der Erhöhung der Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung, der wirtschaftlich zweckmäßigen Verteilung der Flüchtlinge und des reibungslosen Ausgleichs des Kräftebedarfs der Wirtschaft unbedingt notwendig. Nun stößt aber nicht nur die Finanzierung des Wohnungsbaus, sondern auch dessen Amortisierung auf ernste Schwierigkeiten, das heißt es besteht noch keine Klarheit darüber, ob die Masse der künftigen neuen Mieter überhaupt in der Lage sein wird, die infolge der stark erhöhten Baukosten wahrscheinlich sehr hohen Mieten aufzubringen. In dem genannten Bericht wird klar ausgesprochen, daß auf einen erheblichen Teil der früher üblichen Wohnkultur verzichtet werden muß. Das Badezimmer gehört fortan zum Luxus. Mehrstöckige Reihenhäuser (Mietkasernen) sind die einzige Lösung, die am raschesten zu verwirklichen ist. Der fabrikmäßigen Herstellung großen Stils steht jedoch wiederum der Mangel an den erforderlichen Rohstoffen entgegen. Als Baumaterial kommt in erster Linie Trümmer-Schutt in Frage, und was die Finanzierung betrifft, so sieht man keinen anderen Weg als zusätzliche Besteuerung in irgendeiner Form. Die auf dem Gebiet des Wohnungsbaus gewonnenen Einnahmen werden über kurz oder lang und wohl oder übel auf den gesamten heimischen Konsumgüterverbrauch übertragen werden müssen. Die hochwertigen Waren, die Deutschland vor dem Kriege herstellte, werden in Zukunft nur noch Exportzwecken dienen können, und für den eigenen Verbrauch wird man sich auf billigste Massenartikel umstellen müssen.

Die Rückkehr zum rationalen Wirtschaften, die Gewöhnung an größte Sparsamkeit, ist für Deutschland eine Lebensfrage, wirft aber gleichzeitig den schwärzesten Schatten auf das Beschäftigungsproblem. Einer Untersuchung des Institutes für Weltwirtschaft an der Universität Kiel zufolge ist die individuelle Leistungsfähigkeit in Deutschland infolge Überalterung, körperlicher Schwäche und ungenügender fachlicher Ausbildung im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent zurückgegangen. Das bedeutet, daß allein in Westdeutschland heute etwa drei Millionen Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden müssen als früher, um das gleiche Ergebnis zu erzielen. (Reichsbahn und Post bieten ein gutes Beispiel: Beide zusammen zählten 1948 772 000 Angestellte gegenüber 574 000 im Jahre 1938.) Das Institut nimmt an, daß nach Wiederherstellung der alten Leistungsfähigkeit mit einem *Ansteigen der Arbeitslosigkeit bis zu sieben Millionen zu rechnen ist*. Diese Ziffer hat in den Kreisen der Zweckoptimisten wahre Entrüstungsstürme ausgelöst, ist aber bisher nicht in überzeugender Weise widerlegt worden.

Spezifische Schwierigkeiten für die Erhöhung der individuellen Leistungsfähigkeit ergeben sich aus dem Frauenüberschuß, der hohen Zahl von Körperbehinderten und dem ungünstigen Altersaufbau der Bevölkerung. Betrug im Jahre 1939 der Anteil der 20- bis 40jährigen Männer noch 32 v. H. der gesamten männlichen Bevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren, so beträgt er heute nur noch 25 v. H. Da sich der jetzige Altersaufbau erst in einem langen Zeitraum wieder zugunsten der jüngeren Jahrgänge verändert wird, werden für die nächste Zukunft mehr als die Hälfte der männlichen Arbeitskräfte über 40 Jahre alt sein. Diese Jahrgänge besitzen wohl größere Berufserfahrung, haben aber weniger Spannkraft. Die durchschnittliche Leistungsfähigkeit muß dementsprechend zurückgehen, da bekanntlich bereits unter normalen Lebensbedingungen in den körperlich anstrengenden Berufen die Elastizität nach dem 40. Lebensjahr nachläßt und die Leistungsfähigkeit stetig sinkt (Leistungsknick).

Nicht übersehen werden darf ferner die ungünstige Entwicklung der Bevölkerungsdichte, die von 168 Menschen je Quadratkilometer im Jahre 1939 auf 185 gestiegen ist. Erschwerend tritt hinzu, daß sich die Bevölkerungsdichte sehr ungleichmäßig verteilt, was darauf zurückzuführen ist, daß man die Millionen von Flüchtlingen zunächst einfach dort untergebracht hatte, wo gerade Aufnahmemöglichkeiten vorhanden waren. In absehbarer Zeit läßt sich diesem Zustand kaum abhelfen, weil die Wohnungsnot eine Abwanderung vom Ort des Kräfteüberschusses zu dem des Kräftebedarfs erschwert. Gerade die Industriezentren sind ja am stärksten zerstört.

Ein weiteres, für die Gestaltung der Beschäftigungsstruktur bestimmendes und die Gesamtwirtschaft außerordentlich belastendes Moment ist das Anschwellen der Behördenbürokratie. Diese auf der ganzen Welt mehr oder weniger stark feststellbare Tendenz ist in Deutschland in einem solchen Maße wirksam, daß sich daraus ernste Gefahren für die Wiedererlangung einer gesunden volkswirtschaftlichen Produktivität ergeben. In der Bizonie gibt es heute um rund 30 Prozent mehr mit Verwaltungsarbeit Beschäftigte als 1938. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bereits 1938 eine bedrohliche Verwaltungs inflation bestand, und daß im Vergleich zu 1932 eine Steigerung um fast das Doppelte zu verzeichnen ist. Die Hoffnungen auf einen radikalen Abbau des Behördenapparates, die man an die Lockerung des Rationierungssystems knüpfte, haben sich rasch verflüchtigt. Inzwischen hat sich nämlich herausgestellt, daß ständig neue Verwaltungsinstanzen aus dem Boden gestampft werden. So werden zum Beispiel schon bei dem geplanten vorläufigen Lastenausgleich nahezu 20 Prozent der dabei aufkommenden Mittel von der Verwaltung verschlungen werden. Verschärft wird die Situation durch das Besetzungsregime, das allein in

der Bizone über eine halbe Million Angestellte — auf Kosten der deutschen Steuerzahler — unterhält.

Zusammenfassend läßt sich also sagen, daß erst nach Überwindung der zeitbedingten sozialökonomischen Übergangsschwierigkeiten eine sichere Prognose über die künftigen Beschäftigungsaussichten in Westdeutschland möglich sein wird. Aus den oben aufgeführten Tatsachen dürfte jedoch hinreichend klar geworden sein, daß gerade die Wiedergewinnung einer annähernd normalen volkswirtschaftlichen Produktivität auf den derzeitigen Beschäftigungsstand außerordentlich stark drücken wird. Wenn der zurzeit herrschende Kapitalmangel durch großzügige ausländische Hilfe oder durch inländische Kreditaufblähung nicht behoben werden kann, so besteht ferner die Gefahr, daß die notwendige Rationalisierung einseitig die Richtung einer maßlosen Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nehmen wird. Die physische Grenze des Ausbeutungsgrades ist bekanntlich sehr dehnbar, und die bereits bestehende Arbeitslosigkeit wird den Widerstand der Arbeitnehmer naturgemäß erheblich schwächen. Die Folgen, die sich hieraus für die künftige Entwicklung des Reallohnes ergeben würden, werden in einem späteren Aufsatz untersucht werden.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der *Ostzone* unterscheiden sich von den westdeutschen vor allem dadurch, daß sie einer Gesamtplanung, oder besser: dem Versuch, zu einer Gesamtplanung zu gelangen, unterliegen. Für den vorliegenden Zusammenhang ist es ferner von größter Bedeutung, daß die ostzonale Wirtschaftspolitik stark ausgeprägten inflationistischen Charakter trägt. Die ostzonale Notenbank hat bisher keinen Ausweis veröffentlicht, aber von russischer Seite wurde kürzlich der Ostmarkumlauf auf 4,1 Milliarden beziffert. Damit würde er fast 70 Prozent des westdeutschen Notenumlaufes betragen — bei einer mehr als doppelt so hohen Bevölkerungszahl in Westdeutschland. Hinzu kommt eine gewaltige Kreditaufblähung, die man jetzt allerdings zu drosseln versucht. Aus verschiedenen Anzeichen ist einwandfrei die Tendenz zur Bildung eines neuen Geldüberhangs ablesbar. Daß trotz diesen Umständen auch im russischen Besetzungsgebiet ein beträchtliches Nachlassen der Beschäftigung sich bemerkbar macht, hat besondere Gründe.

Der vor einem halben Jahr von der SED (KPD) pompös angekündigte Zweijahresplan der Ostzone ist nach dem mehr oder weniger offenen Bekenntnis seiner Initiatoren zusammengebrochen. Für den Eingeweihten stellt dieser Fehlschlag keine Überraschung dar. Der Plan wurde seinerzeit auf russischen Befehl und ohne ausreichende Unterlagen über Erzeugungskapazitäten, Rohstoffbestände und verfügbare Fachkräfte buchstäblich aus dem Ärmel geschüttelt. Ungeheure Fehlplanungen, riesige Verluste und immer neue Produktions-

engpässe waren die Folge. Um die Engpässe zu überwinden, erklärt man sie zu «Schwerpunkten», auf die sich dann die russische und deutsche Bürokratie unter großem Aufwand konzentriert. Das geschieht natürlich immer auf Kosten der übrigen Wirtschaft und ruft neue Engpässe hervor. Daß es nicht zum vollen Zusammenbruch der ostzonalen Wirtschaft kommt, ist nur darauf zurückzuführen, daß trotz allem doch produziert wird, daß sich der arbeitende Mensch den widersinnigen Planungsmaßnahmen recht und schlecht anpaßt, indem er der Flut von Befehlen, Erlassen und Rundschreiben mit einem Gemisch von Gleichmut und Schlauheit begegnet.

An sich dürften sich in der Ostzone auf Grund der inflationistischen Wirtschaftspolitik keine Beschäftigungsschwierigkeiten einstellen, vor allem wenn man berücksichtigt, daß hier der Bevölkerungsdruck infolge der Ansiedlung der Flüchtlinge auf den aufgeteilten großen Gütern weitaus geringer ist als im Westen. Aus politischen Rücksichten, im Hinblick auf den noch nicht aufgegebenen Traum der Gewinnung Westdeutschlands, muß jedoch die Geldschöpfung in gewissen Grenzen gehalten werden. Der derzeitige Wechselkurs der Westmark, der zwischen 4 bis 5 Ostmark schwankt, darf keinesfalls überschritten werden, sondern soll sogar nach Möglichkeit gesenkt werden. Nur so lassen sich die in letzter Zeit stoßweise erfolgten deflationistischen Sparmaßnahmen erklären, wie Entzug von Betriebssubventionen, Beschneidung der Länderhaushalte, Entlassungen von Behördenangestellten und anderes mehr. Verschärfend für die dadurch entstandene Arbeitslosigkeit tritt hinzu, daß die Auswirkungen der westdeutschen Gegenblockade immer stärker fühlbar werden. Viele Produktionszweige sind auf Lieferungen aus Westdeutschland angewiesen, andere (wie zum Beispiel die sächsische Textilindustrie, die seit Wochen verkürzt arbeitet) brauchen es als Absatzmarkt.

Die Arbeitslosigkeit in der Ostzone, über die naturgemäß keine offiziellen Angaben vorliegen, erfährt eine erhebliche Entlastung durch den ständigen Flüchtlingsstrom nach Westen, der sich im letzten Vierteljahr auf durchschnittlich 25 000 Personen monatlich belief. In der Flüchtlingszentrale des Magistrats Berlin (West) haben sich in den letzten Wochen täglich rund hundert neue Flüchtlinge gemeldet, die nach genauer Prüfung auf dem Luftwege nach Westdeutschland geschafft werden. Diese Massenflucht röhrt daher, daß die erwerbslos Gewordenen in der Regel für den unter unmenschlichen Bedingungen betriebenen Uranbergbau zwangsverpflichtet werden. Hinzuzurechnen sind die aus politischen Gründen Verfolgten, in letzter Zeit nicht mehr nur vorwiegend Sozialdemokraten, sondern auch viele Angehörige der immer mehr zum Schattendasein verurteilten bürgerlichen Parteien. Für Westdeutschland bedeutet dieses Flüchtlingsheer natürlich eine schwere zusätzliche Belastung.

Da es sich aber bei einem Großteil um hochqualifizierte Fachkräfte und um junge Leute handelt, mag es gut sein, daß letztlich die Sowjetzone den größeren Schaden davonträgt. Der Mangel an Fachkräften aller Art macht sich immer störender bemerkbar und erhöht die Schwierigkeiten im Produktionsprozeß.

Das seit drei Viertel Jahren blockierte *Westberlin* ist ein besonders trauriges Kapitel. Die Produktion ist auf 30 Prozent des Standes von 1936 gesunken. 6600 Betriebe liegen still, über 12 000 arbeiten verkürzt. Davon sind rund 130 000 Arbeitnehmer betroffen, denen noch mindestens ebensoviel Erwerbslose ohne Unterstützungsberechtigung zuzurechnen sind (bei einer Gesamtbevölkerung von 2,2 Millionen). Alle in Aussicht gestellte Hilfe wird diese Not nur etwas lindern, nicht aber entscheidend bessern können. Es bleibt nur zu hoffen, daß Rußland die heute wirtschaftlich sinnlos gewordene Blockade in nicht allzu ferner Zukunft aufheben wird. Nachdem die Westmark zum alleingültigen Zahlungsmittel in Westberlin erklärt worden und die Abschnürung zum Ostsektor und zur Ostzone absolut hermetisch geworden ist, kann das früher in gewissem Sinne berechtigte Argument, daß Westberlin die ostzonale Wirtschaft durch unfaire Geschäftsmethoden schädigen könne, nicht länger aufrechterhalten werden. Eine Aufhebung der Blockade Westberlins, verbunden mit einem durchaus realisierbaren Handelsabkommen zwischen Ost- und Westdeutschland würde beiden Teilen zum Nutzen gereichen und die nicht nur für Deutschland äußerst kostspielige, vollständige Zerreißung des arbeitsteiligen Produktionsorganismus des früheren Reiches verhindern. Aber leider geht es in dieser Frage nicht um wirtschaftliche Vernunftgründe, sondern um machtpolitische Interessen.